



Kurzstudie

Abstimmungsverhalten der österreichischen Abgeordneten zu Umweltthemen im Europäischen Parlament, 2019–2021

/ Autor:innen: Quirin Dammerer und Anna Pixner

/ Oktober 2021

/1. Einleitung

Die 26. UN-Klimakonferenz (Conference of the Parties, COP26) von 31. Oktober bis 12. November 2021 im schottischen Glasgow gilt als die wichtigste Konferenz seit dem Pariser Klimaabkommen im Jahr 2015. Im Rahmen der Konferenz sollen die Staaten ihre Emissionsziele nachbessern. Die meisten Länder der Europäischen Union (EU) haben ihre inländischen Treibhausgasemissionen zwar im Vergleich zum Referenzjahr 1990 insgesamt reduziert, jedoch nicht in einem Ausmaß, das mit dem Ziel von maximal 1.5 Grad Erderhitzung im Einklang steht. Gleichzeitig haben es die Staaten nicht geschafft, ihren Ressourcenkonsum substanziell zu senken. Dies hat ebenfalls gravierende Auswirkungen auf die Umwelt.

Beim Erreichen von ökologischen Zielen spielt das Europäische Parlament eine tragende Rolle: Grenzübergreifender Klima- und Umweltschutz, der für einen nachhaltigen europäischen Wirtschaftsraum von immenser Bedeutung ist, wird zu großen Teilen über die Europäische Union festgelegt, und braucht dazu die Zustimmung von genügend EU-Parlamentarier:innen. Europapolitik beeinflusst einerseits die nationale Gesetzgebung und somit den Alltag der Österreicher:innen, und kann andererseits über Grenzen hinweg Maßnahmen setzen. Luft- und Wasserverschmutzung, Biodiversitätserhaltung, Regulierung von Chemikalien, Meeresschutz und Emissionsreduktionen (z.B. durch das Emissionshandelssystem) sind nur einige der Aspekte, die auf EU-Ebene behandelt werden und die Basis für viele nationale Regelungen stellen.¹

Die Abgeordneten der Mitgliedsstaaten tragen mit ihren Abstimmungen und Beschlüssen bedeutend dazu bei. Österreich stellt in der aktuellen Legislaturperiode insgesamt 19 Abgeordnete (ÖVP: 7; SPÖ: 5; FPÖ: 3; Grüne: 3; NEOS: 1). Zwei Jahre nach der letzten EU-Parlamentswahl im Jahr 2019 ziehen wir in der vorliegenden Studie über das Abstimmungsverhalten der österreichischen EU-Parlamentarier:innen Bilanz. Wir untersuchen, welche Parteien sich dem Klima- und Umweltschutz besonders verschreiben oder zu jenen gehören, die ihn durch negierendes bzw. aufschiebendes Verhalten auf europäischer Ebene blockieren und verlangsamen.

/2. Datenerhebung und Methodologie

Für die Datenerhebung wurden in einem ersten Schritt mithilfe der Website www.votewatch.eu alle Abstimmungen zu Entschließungsanträgen (oder „Resolutionen“) zu Umweltthemen (d.h. Abstimmungen zu Artenvielfalt, Böden, Klima, Wälder, Wasser, etc.) von Beginn der Legislaturperiode des EU-Parlaments im Juli 2019 bis Juni 2021 aus dem Politikmaßnahmen-Bereich „Environment und Health“ herausgefiltert.² Für die finale Analyse wurden folgende 14 (nicht-legislativen³) Entschließungsanträge herangezogen (zeitlich geordnet, Juli 2019-Juni 2021):

- / 1. Resolution on the Climate and environment emergency
- / 2. Resolution on the European Green Deal
- / 3. Resolution on the 2019 UN Climate Change Conference in Madrid, Spain (COP 25)
- / 4. The EU's role in protecting and restoring the world's forests
- / 5. Carbon dioxide emissions from maritime transport: global data collection system for ship fuel oil consumption data
- / 6. Motor vehicles: type approval with respect to emissions from light passenger and commercial vehicles (Euro 5 and Euro 6) and access to repair and maintenance information
- / 7. Resolution on the European Year of Greener Cities 2022
- / 8. An EU legal framework to halt and reverse EU-driven global deforestation
- / 9. Resolution on the implementation of the EU water legislation
- / 10. Resolution on the EU strategy on adaptation to climate change
- / 11. Towards a WTO-compatible EU carbon border adjustment mechanism
- / 12. Soil protection
- / 13. Environment: access to information and justice, public participation, application of the Aarhus Convention
- / 14. EU Biodiversity Strategy for 2030: Bringing nature back into our lives

In dieser Studie untersuchen wir ausgewählte Abstimmungen der österreichischen EU-Parlamentarier:innen zu diesen Entschließungsanträgen. Das Abstimmungsverhalten einzelner EU-Parlamentarier:innen lässt sich ausschließlich bei elektronischen Abstimmungen („Roll Calls“) direkt beobachten.⁴ Das Entscheidungsverhalten (Ablehnung, Zustimmung, Enthaltung) zu den einzelnen Roll Calls wurde von der Website <https://mepwatch.eu/> extrahiert, die alle elektronischen Abstimmungen im EU-Parlament regelmäßig online frei zugänglich publiziert. Grundsätzlich gibt es zu den einzelnen Resolutionen oft hunderte verschiedene Abstimmungen – zu einzelnen Paragraphen, Änderungsanträgen oder dem gesamten finalen Entschließungsantrag. Wir befassen uns explizit mit den Zustimmungen, Ablehnungen und Enthaltungen zu 256 verschiedenen *Abänderungsanträgen* innerhalb der 14 oben genannten Entschließungsanträge.⁵ Bei einem Abänderungsantrag lässt sich, anders als bei Abstimmungen zu Gesamt-Paragraphen, die Intention der Veränderung besser ablesen bzw. interpretieren.⁶ Wenn eine Mehrheit der österreichischen EU-Parlamentarier:innen einer bestimmten Partei/Fraktion einem Antrag zugestimmt oder ihn abgelehnt hat, wurde die Meinung der Partei/Fraktion auf „Zustimmung“ oder „Ablehnung“ gesetzt. Überwiegt die Anzahl der Enthaltungen, wurde die Meinung der Partei auf „Enthaltung“ gesetzt.⁷

Der Inhalt der Abänderungsanträge wurde im nächsten Schritt von der Website des Europäischen Parlament (<https://www.europarl.europa.eu/portal/en>) extrahiert und in die Datenbank eingefügt. Weiters wurden die Abänderungsanträge hinsichtlich ihrer Richtung klassifiziert:

- / Verschärfung des Entschließungsantrags (z.B. Konkretisierung und Verschärfung von Formulierungen in der Resolution, Festschreiben von ambitionierteren Zielen, etc.)
- / Entschärfung des Entschließungsantrags (z.B. Verallgemeinerung und Entschärfungen von Formulierungen in der Resolution, Festschreiben von weniger ambitionierten Zielen, etc.)

Die Anträge wurden nur dann klassifiziert, wenn eine klare Richtung des Antrags erkennbar war und sich die Anträge direkt mit Umweltthemen (Klimaziele, Maßnahmen gegen das Artensterben, etc.) befassten. Die restlichen Anträge wurden aus dem Datensatz entfernt und nicht weiter analysiert. Insgesamt wurden so 141 Abänderungsanträge klassifiziert.

/ Beispiel für eine Entschärfung eines Antrags

Im Entschließungsantrag zu einem EU-Klimazoll („Towards a WTO-compatible EU carbon border adjustment mechanism“) wurde folgender Abänderungsantrag gestellt (Änderungen sind fett gekennzeichnet), welcher von ÖVP, FPÖ und NEOS angenommen, von den Grünen und der SPÖ abgelehnt wurde:

Paragraf ohne Änderung:

“22. Calls for the Paris Agreement and its **1.5 °C** goal to become one of the main guiding principles of trade policy, to which all trade initiatives and their policy tools must be adjusted, by including it in, inter alia, FTAs as an essential element; is convinced that such a purpose-built trade policy can be an important driver in steering economies towards decarbonisation in order to achieve the climate objectives set in the Paris Agreement and the European Green Deal;”

Paragraf mit Änderung:

“22. Calls for the Paris Agreement and **its goals** to become one of the main guiding principles of trade policy, to which all trade initiatives and their policy tools must be adjusted, by including it in, inter alia, FTAs as an essential element; is convinced that such a purpose-built trade policy can be an important driver in steering economies towards decarbonisation in order to achieve the climate objectives set in the Paris Agreement and the European Green Deal;”

Klassifizierung: Entschärfung des Antrags

Begründung: Da das Paris-Abkommen das Ziel hat die Erderhitzung auf beträchtlich unter 2 Grad, aber präferabel auf 1.5 Grad zu begrenzen (UNFCCC 2015, 2021) stellt diese Abänderung eine Entschärfung des Antrags dar (weniger ambitioniertes Ziel, Entschärfung der Formulierung).

/ Beispiel für eine Verschärfung eines Antrags

Der folgende Paragraf zeigt einen Änderungsantrag der Resolution zum Monitoring von CO₂-Emissionen im maritimen Transport („Carbon dioxide emissions from maritime transport: global data collection system for ship fuel oil consumption data“), welcher im Datensatz als Verschärfung klassifiziert wurde. Er wurde von ÖVP und FPÖ abgelehnt und von SPÖ, den Grünen und NEOS angenommen.

Paragraf ohne Änderung:

(3) The European Parliament's Resolution of **February 2014 on a 2030 framework for climate and energy policies** called on the Commission and the Member States **to set a binding Union 2030 target of reducing greenhouse gas emissions by at least 40%** compared to 1990 levels. The European Parliament also noted that all sectors of the economy would need to contribute to the reduction of greenhouse **gas** emissions if the Union is **to deliver its fair share of global efforts**.

Paragraf mit Änderung:

(3) The European Parliament's Resolution of **14 March 2019 on climate change supported by a large majority the objective of reaching climate neutrality as early as possible and by 2050 at the latest. The European Parliament has also repeatedly** called on the Commission and the Member States to **increase** the binding Union 2030 target of reducing greenhouse gas emissions **to 55%** compared to 1990 levels. The European Parliament also noted that all sectors of the economy, **including international aviation and maritime transport, must** contribute to the reduction of greenhouse **gas** emissions if the Union is to **reach its climate targets and** deliver its fair share of global efforts. **Rapid efforts to decarbonize the maritime transport sector are all the more important in view of the declaration by the Parliament on 28 November 2019 of a climate and environment emergency.**

Klassifizierung: Verschärfung des Antrags

Begründung: Die Änderungen inkludieren strengere und spezifische Ziele (Klimaneutralität, höhere CO₂-Reduktionen), genauere Formulierung (der Flug- und Schiffssektor ist explizit inkludiert).

/3. Ergebnisse

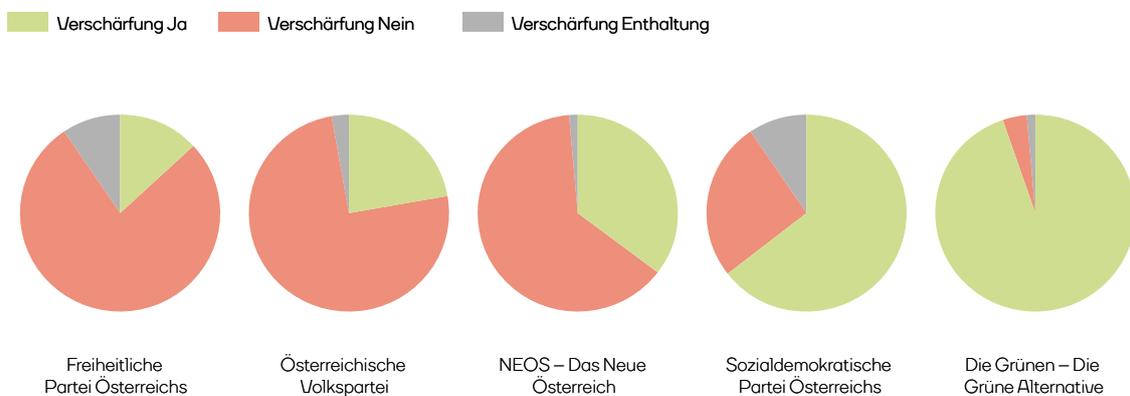
/3.1. Umwelt- und Klimaschutz

/Verschärfungen: Grüne und SPÖ dafür, ÖVP und FPÖ dagegen

Blickt man auf die Änderungsanträge, die Umweltresolutionen verschärfen wollen, zeigt sich insgesamt ein klares Bild: FPÖ und ÖVP stimmen in 77 bzw. 74 % der Fälle gegen eine Verschärfung der entsprechenden Resolutionen. Die Grünen stimmen im Gegensatz dazu in 96 % der Fälle für einen schärfer formulierten Entschließungsantrag. Die Abstimmungsergebnisse der NEOS und der SPÖ bewegen sich zwischen diesen Werten, wobei die SPÖ mit 66 % Zustimmung deutlich positiver gegenüber schärfer formulierten Resolutionen eingestellt ist als die NEOS mit 36 % Zustimmung.

EU-Parlament: Wer stimmt für strengere Umwelt-Auflagen?

Abstimmungen für *Verschärfung* von Umwelt- bzw. Klimaschutz

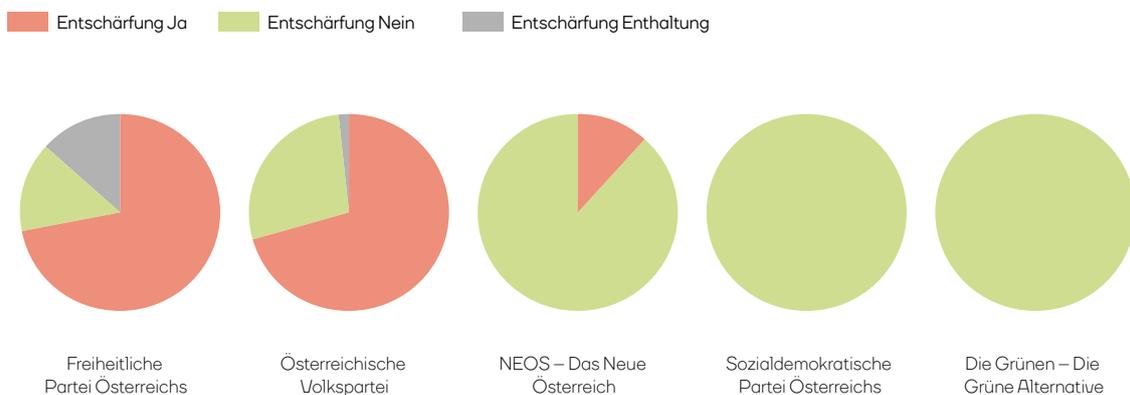


Quellen: Europäisches Parlament, mepwatch.eu, votewatch.eu, eigene Analysen

Schaut man auf die Anträge, die Entschärfungen der Resolutionen bewirken sollen, zeigt sich ein ähnliches Bild: Die FPÖ und die ÖVP stimmen größtenteils für Entschärfungen, die SPÖ und Grünen sind vollständig gegen Entschärfungen. Die NEOS stellen sich zum größten Teil (in etwa 88 % der Abstimmungen) ebenfalls gegen Entschärfungen der Resolutionen des EU-Parlaments.

EU-Parlament: Wer stimmt für schwächere Umwelt-Auflagen?

Abstimmungen für *Entschärfung* von Umwelt- bzw. Klimaschutz



Quellen: Europäisches Parlament, mepwatch.eu, votewatch.eu, eigene Analysen

Die Ergebnisse der NEOS (bzw. von deren einziger EP-Abgeordneten Claudia Gamm) unterscheiden sich besonders stark für Ent- und Verschärfungen. Einen bereits vorhandenen Paragraphen zu verschärfen und damit nachträglich für stärkeren Umwelt- und Klimaschutz einzutreten, scheint eine stärkere Hemmschwelle aufzuweisen als bereits bestehende Textstellen zugunsten ebendiesem abzuschwächen. Das trifft in abgeschwächter Form auch für die Abgeordneten der anderen Parlamentsparteien zu. Auch die Anzahl der enthaltenen Stimmen ist bei Abstimmungen für strengere Auflagen tendenziell höher was das Argument einer höheren Hemmschwelle für verschärfende Maßnahmen verstärkt.

/ 3.2. Klimaschutz

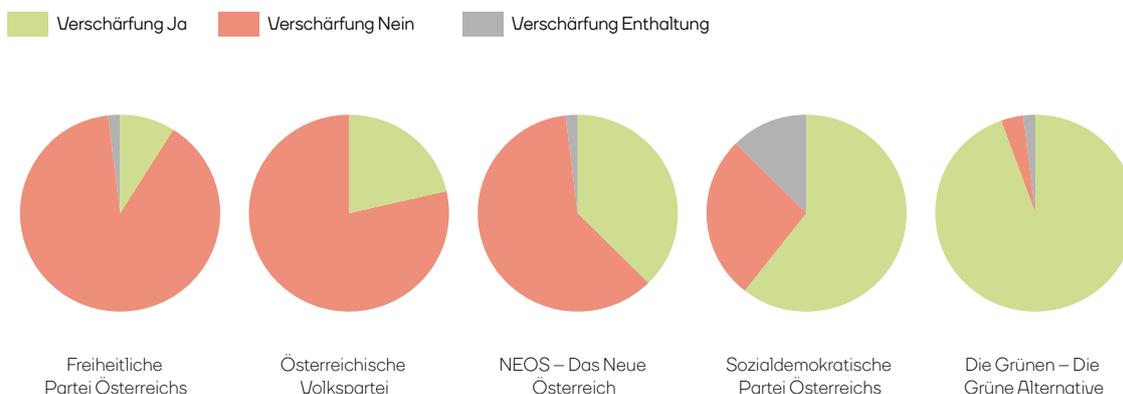
In einem zweiten Schritt ist es möglich, die vorhandenen Daten der Änderungsanträge weiter zu unterteilen, sodass nur Entscheidungen spezifisch den Klimaschutz betreffend im Datensatz bleiben. In Summe betrifft das 54 Verschärfungen und 27 Entschärfungen. Die Ergebnisse decken sich Großteils mit jenen für den gesamten Umwelt- und Klimaschutz.

/ Verschärfungen: FPÖ in 8 von 10 Fällen gegen härtere Maßnahmen im Klimaschutz

Vergleicht man die Ergebnisse für alle Entscheidungen mit den Anträgen, die sich explizit mit der Klimakrise beschäftigen ändert sich insgesamt nur wenig (siehe Grafiken 3 und 4). Die ÖVP stellt sich etwas weniger gegen Entschärfungen (11 Ja zu Entschärfungen von Resolutionen, 16 Nein), diese machen jedoch nur einen Bruchteil der Entscheidungen zu Verschärfungen aus (12 Ja zu Verschärfungen von Resolutionen, 42 Nein).

EU-Parlament: Wer stimmt für strengere Klima-Auflagen?

Abstimmungen für *Verschärfung* von Klimaschutz



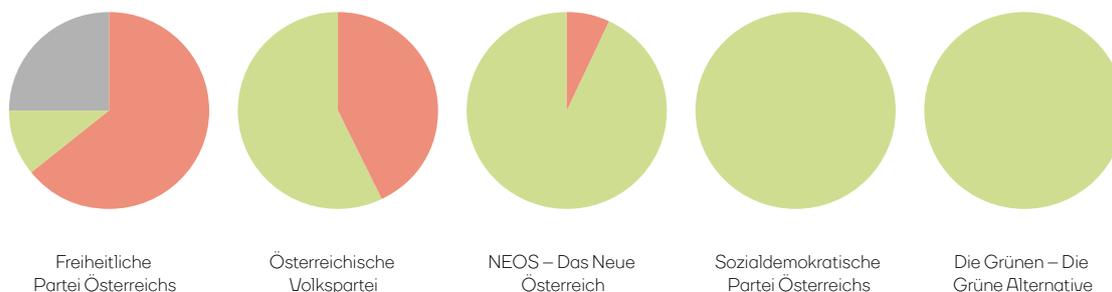
Quellen: Europäisches Parlament, mepwatch.eu, votewatch.eu, eigene Analysen

/Entschärfungen: Grüne, SPÖ und NEOS für strengen Klimaschutz

EU-Parlament: Wer stimmt für schwächere Klima-Auflagen?

Abstimmungen für Entschärfung von Klimaschutz

Entschärfung Ja Entschärfung Nein Entschärfung Enthaltung



Quellen: Europäisches Parlament, mepwatch.eu, votewatch.eu, eigene Analysen

/3.3. Vergleich mit anderen Studien

Die Ergebnisse decken sich mit den Resultaten früherer Studien. Beispielsweise hat das Climate Action Network Europe (2019) im Vorfeld der EU-Parlamentswahl 2019 das Abstimmungsverhalten aller EU-ParlamentarierInnen im Zeitraum der letzten EU-Legislaturperiode von 2014 bis 2019 zu ausgewählten Anträgen in den Bereichen Energie und Klimakrise analysiert. Sie kommen zu dem Schluss, dass sich ÖVP und FPÖ zu einem sehr hohen und NEOS zu einem hohen Anteil gegen ambitionierteren Klimaschutz stellen. Grüne und SPÖ sprechen sich im Gegensatz dazu zu einem sehr hohen Anteil für stärkeren Klimaschutz aus. Eine Analyse des Climate Change Centre Austria (CCCA, 2019) kommt weiters zum Schluss, dass sich die Parteipositionen von ÖVP und FPÖ nicht oder nur wenig im Einklang mit dem österreichischen Referenz-Energie und Klimaplan der Wissenschaft (Ref-NEKP) befinden. Die Grünen sind weitgehend im Einklang mit den notwendigen Klimamaßnahmen, die NEOS teilweise und die Positionen der SPÖ sind nicht eindeutig zuordenbar.

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik publizierte 2019 einen Policy Brief (Edthofer und Schmidt, 2019), in dem sie ebenfalls das Abstimmungsverhalten der österreichischen EP-Abgeordneten analysierten. Die Untersuchung behandelt hauptsächlich legislative Entschlüsse, die Ergebnisse decken sich mit den Resultaten der vorliegenden Analyse: Die Grünen handeln bei Umwelt- und Klimaschutz deutlich am proaktivsten, während EP-Abgeordnete der FPÖ bei der Mehrzahl der untersuchten Entscheidungen generell (unabhängig vom Thema) eine ablehnende Haltung aufweisen.

/ 4. Fazit und Relevanz der EU-Politik

Insgesamt zeigt sich für die Änderungsanträge zu Umwelt-Resolutionen im EU-Parlament ein eindeutiges Bild. ÖVP und FPÖ setzen sich, ähnlich wie in der vergangenen Legislaturperiode (CAN Europe, 2019), zum größten Teil gegen härtere und für lockerere Auflagen in Umwelt- und Klimaschutz ein: In drei von vier Fällen sind die ÖVP *gegen* Verschärfungen im Rahmen von mehr Umwelt- und Klimaschutz, FPÖ-Abgeordnete sogar in 8 von 10 Fällen. Grüne und SPÖ sprechen sich dagegen in über 9 bzw. 6 von 10 Fällen für strengere Auflagen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz aus. Bei Entschärfungen, die Umweltschutz auf europäischer Ebene verlangsamen bzw. abschwächen wollen, ist der Trend ähnlich. FPÖ und ÖVP sind in gleichem Maße in rund 7 von 10 Fällen *für* entschärfende, lockerere Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen. Grüne und SPÖ-Abgeordnete sprechen sich hingegen laut vorliegendem Datensatz in 10 von 10 Fällen gegen Entschärfungen – und somit für die Beibehaltung strengerer Klima- und Umweltschutzmaßnahmen – aus. Bei den NEOS zeigt sich ein differenziertes Bild: Sie sind in fast zwei Drittel der Fälle gegen Verschärfungen, in neun von zehn Fällen gegen Entschärfungen. Die Ergebnisse sind im Einklang mit früheren Studienergebnissen.

Die Auswirkungen der sozial-ökologischen Krisen zeigt sich in den letzten Jahren immer stärker. Zehn der letzten 15 Jahre waren die heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen (Milman, 2021). Umweltkatastrophen haben sich seit dem Jahr 1980 mehr als verdreifacht (Sommavilla, 2020). Dafür sind die EU und Österreich in einem hohen Ausmaß mitverantwortlich: Etwa 17.8 % aller anthropogenen CO₂-Emissionen wurden innerhalb der EU27 ausgestoßen – einer Region in der aktuell nur 5.8 % der Weltbevölkerung leben (Ritchie and Roser, 2021; World Bank 2021a, b).⁸ Österreich gehört zu den 25 Nationen die weltweit am meisten zur Klimakrise beigetragen haben (Hickel, 2020, Grebenjak 2020). Hierzulande stößt ein Mensch im Schnitt jährlich so viel CO₂ aus wie 16 Menschen aus ärmeren Ländern zusammen.⁹ Der österreichische pro-Kopf-Ressourcenkonsum ist der vierthöchste in der EU.¹⁰ Für den notwendigen Wandel in eine nachhaltige, lebenswerte Zukunft haben Politiker:innen eine entscheidende Verantwortung, die sie unter anderem während der UN-Klimakonferenz vertreten. Sie müssen Institutionen und Strukturen schaffen, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen. Um das zu erreichen, führt kein Weg an aktivem Umwelt- und Klimaschutz vorbei – sowohl auf nationaler Ebene als auch in einem der wichtigsten Wirtschaftszonen und stärksten CO₂-Emittenten der Welt: der EU.

/ Quellen

Abstiens, K., Gangl, K., Karmasin, S., Kimmich, C., Kirchler, E., Spitzer, F., und Walter, A. (2021): Die Klimawandel-Landkarte Österreichs. Treibende Kräfte und nächste Schritte, Verfügbar unter: <https://rihs.ihs.ac.at/id/eprint/5895/1/2021-abstiens-gangl-karmasin-et-al-die-klimawandel-landkarte-oesterreichs.pdf> (letzter Zugriff: 25. Oktober 2021).

Climate Action Network Europe (2019): Defenders, Delayers, Dinosaurs: Ranking of EU political groups and national parties on climate change, Verfügbar unter: <https://caneurope.org/defenders-delayers-dinosaurs-ranking-of-eu-political-groups-and-national-parties-on-climate-change/> (letzter Zugriff: 26. September 2021).

CCCA (2019): Referenzplan als Grundlage für einen wissenschaftlich fundierten und mit den Pariser Klimazielen in Einklang stehenden Nationalen Energie- und Klimaplan für Österreich (Ref-NEKP): Bewertung der Parteipositionen im Vorfeld der österreichischen Nationalratswahl 2019 auf Basis des Ref-NEKP der Wissenschaft, Verfügbar unter: <https://ccca.ac.at/wissenstransfer/informationsdokumente/ref-nekp-bewertung-parteeipositionen-sept-2019> (letzter Zugriff: 26. September 2021).

Edthofer, J. und Schmidt, P. (2019): Das Abstimmungsverhalten der österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament, Verfügbar unter: https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2019/05/OEGfE_Policy_Brief-2019.12-1.pdf (letzter Zugriff: 25.10.2021).

European Environment Agency (2015): The European environment — state and outlook 2015 — synthesis report, Verfügbar unter: <https://www.eea.europa.eu/soer/2015/synthesis/report/1-changingcontext> (letzter Zugriff: 25.10.2021).

European Parliament (2021): How plenary works, Verfügbar unter: <https://www.europarl.europa.eu/about-parliament/en/organisation-and-rules/how-plenary-works> (letzter Zugriff: 26. September 2021).

Grebenjak, M. (2020) Klimaschulden: Warum Österreich seine Emissionen um 200 Prozent senken muss, Verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000122125617/klimaschulden-warum-oesterreich-seine-emissionen-um-200-prozent-senken-muss> (letzter Zugriff: 08.10.2021).

Hickel, J. (2020): Quantifying national responsibility for climate breakdown: an equality-based attribution approach for carbon dioxide emissions in excess of the planetary boundary, *The Lancet Planetary Health*, 4 (9): e399-404. Verfügbar unter: [https://www.thelancet.com/journals/lanplh/article/PIIS2542-5196\(20\)30196-0/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lanplh/article/PIIS2542-5196(20)30196-0/fulltext)

Hix, S., Noury, A. und Roland, G. (2018): Is there a selection bias in roll call votes? Evidence from the European Parliament. Verfügbar unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s1127-018-0529-1> (letzter Zugriff: 25.10.2021)

Institute for European Environmental Policy (2013): Report on the influence of EU policies on the environment, Verfügbar unter: http://assets.wwf.org.uk/downloads/final_report_influence_of_eu_policies_on_the_environment.pdf (letzter Zugriff: 08.10.2021).

Kanio, P., Mocek, O. (2017): Roll Call Votes in the European Parliament: a good sample or a poisoned dead end?, *Parliaments, Estates and Representation*, 37 (1), 75-88. Verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/02606755.2016.1232994?journalCode=rper20>

Milman, O. (2021): 2020 was hottest year on record by narrow margin, Nasa says, Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/environment/2021/jan/14/2020-hottest-year-on-record-nasa> (letzter Zugriff: 08.10.2021).

Our World in Data (2021): Per capita consumption-based CO₂ emissions, 2018, Verfügbar unter: <https://ourworldindata.org/grapher/consumption-co2-per-capita> (letzter Zugriff: 08.10.2021).

Sommavilla, F (2020): Es wird heiß und unbequem: Drei Grafiken zur Klimaerhitzung, *Der Standard*. 24. Februar. Verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000114775856/es-wird-heiss-und-unbequem-drei-grafiken-zur-klimaerhitzung>

UNEP (2021): Data downloader, Verfügbar unter: <https://environmentlive.unep.org/downloader> (letzter Zugriff: 26. September 2021).

UNFCCC (2015): Paris Agreement, Verfügbar unter: https://unfccc.int/sites/default/files/english_paris_agreement.pdf (letzter Zugriff: 26. September 2021).

UNFCCC (2021): The Paris Agreement, Verfügbar unter: <https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/the-paris-agreement> (letzter Zugriff: 26. September 2021).

World Bank (2021a): Population, total - European Union, Verfügbar unter: <https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?locations=EU> (letzter Zugriff: 26. September 2021).

World Bank (2021b): Population, total, Verfügbar unter: <https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL> (letzter Zugriff: 26. September 2021).

/ Websites für Datenextraktion

<https://www.votewatch.eu/>

<https://mepwatch.eu>

<https://www.europarl.europa.eu/portal/en>

/Fußnoten

¹ Das IHS definiert in einer Studie (Abstiens et al., 2021) die EU gemeinsam mit den Bundesministerien als einen der wichtigsten Stakeholder für (österreichische) Klimapolitik. Auch andere Analysen (Europäische Energieagentur, 2015; Institute for European Environmental Policy, 2013) schreiben der EU viel Verantwortung, Relevanz und viele Möglichkeiten für Klima- und Umweltschutz zu.

² Insgesamt enthält der Bereich „Environment and Health“ 68 Resolutionen bzw. Gesetzesentwürfe. Davon wurden nur jene in den finalen Datensatz inkludiert, die einen Fokus auf umwelt- und klimapolitische Themen aufweisen. Die Resolutionen zu genetisch modifizierten Pflanzen wurden ebenfalls exkludiert. Der Gesamtumfang der Resolutionen kann im Appendix nachgeschlagen werden.

³ Die Entscheidung, nicht-legislative Entschließungsanträge zu untersuchen, ist durch die bessere Datenverfügbarkeit begründet. Die Verwendung von Roll Calls ist dabei eine der gängigsten wissenschaftlichen Methoden beim Monitoring von EP-Entscheidungen und wird von Wissenschaftler:innen stark diskutiert. Hix et al. (2018) finden beispielsweise in einer Studie heraus, dass die reine Verwendung von elektronischen Abstimmungen sowohl bei legislativen als auch nicht-legislativen Entscheidungen die Ergebnisse bzw. Entscheidungstendenzen nicht verzerrt. Auch bei nicht-legislativen Entscheidungen kann davon zudem ausgegangen werden, dass sie das generelle Verhalten der einzelnen Abgeordneten und Parteien im EP-Parlament widerspiegeln.

⁴ Ein Roll Call wird durchgeführt, wenn eine Politische Gruppe (Fraktion) oder 38 EU-ParlamentarierInnen dies am Vorabend der Abstimmung verlangen (European Parliament, 2021). Sie werden zudem mittlerweile auch für alle Abstimmungen zu gesetzgebenden Texten in ihrer finalen Form eingesetzt (Kanio und Mocek, 2017).

⁵ Beispielsweise wurden 6 elektronische Abstimmungen zu Abänderungsanträgen zur Klimazoll-Resolution des EU-Parlaments („Towards a WTO-compatible EU carbon border adjustment mechanism“) durchgeführt (von 28 Abstimmungen innerhalb der Resolution insgesamt).

⁶ Wir exkludieren damit beispielsweise Abstimmungen zu einzelnen Paragraphen ohne Abänderungsantrag oder Abstimmungen zum gesamten abschließenden Entschließungsantrag.

⁷ Anmerkung: In der überwiegenden Mehrheit aller Abänderungsanträge wurde von allen österreichischen Mitgliedern einer Partei einheitlich abgestimmt; in seltenen Fällen entschied maximal ein:e Politiker:in entgegen der Meinung partei-interner Parlamentarier:innen.

⁸ Rechnet man anstatt der produktionsbasierten Emissionen mit den ab diesem Zeitpunkt verfügbaren Daten für die konsumbasierten CO₂-Emissionen ab 1970, sind die EU28 für 28 % aller jemals ausgestoßenen anthropogenen CO₂-Emissionen verantwortlich (Hickel, 2020).

⁹ Zahlen basieren auf Kalkulationen mit Daten für das Jahr 2018 von Our World in Data (2021). Die 16 Länder sind: Kolumbien, Guinea, Elfenbeinküste, Burkina Faso, Ghana, Togo, Benin, Nigeria, Kamerun, Äthiopien, Kenia, Tansania, Madagaskar, Mosambik, Sambia, Zimbabwe.

¹⁰ Zahlen basieren auf Kalkulationen mit Daten für den materiellen Fußabdruck für das Jahr 2017 von UNEP (2021).

/ Appendix

Resolutionen im EU-Parlament in der aktuellen Legislaturperiode zum Themenblock „Environment and Public Health“ laut votewatch.eu		
Datum	Thema	Im Datensatz inkludiert
24.06.2021	Official controls on animals and products of animal origin in order to ensure compliance with the prohibition of certain uses of antimicrobials	-
09.06.2021	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3): Active substances, including flumioxazine	-
09.06.2021	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3): Maximum residue limit for imidacloprid	-
09.06.2021	Meeting the Global Covid-19 challenge: effects of waiver of the WTO TRIPS agreement on Covid-19 vaccines, treatment, equipment and increasing production and manufacturing capacity in developing countries	-
08.06.2021	EU Biodiversity Strategy for 2030: Bringing nature back into our lives	ja
07.06.2021	Transitional provisions in order to address the impact of COVID-19 crisis (amendment of Regulation (EU) 2016/1628)	-
20.05.2021	The Aarhus Regulation	ja
29.04.2021	The accessibility and affordability of Covid-testing	-
28.04.2021	Soil protection	ja
27.04.2021	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3), and (4)(c): Maximum residue levels for certain substances, including lufenuron	-
27.04.2021	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3), and (4)(c): Maximum residue levels for certain substances, including flonicamid	-
25.03.2021	Implementation of the Ambient Air Quality Directives	-
10.03.2021	A WTO-compatible EU carbon border adjustment mechanism	ja
10.03.2021	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3): Active substances, including dimoxystrobin	-
10.03.2021	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3): Genetically modified cotton GHB614 x T304-40 x GHB119	-
10.03.2021	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3): Genetically modified maize MZIR098 (SYN-00098-3)	-
09.02.2021	New circular economy action plan	-
17.12.2021	Implementation of the EU water legislation	ja
17.12.2021	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3): Genetically modified soybean MON 87751 x MON 87701 x MON 87708 x MON 89788	-
17.12.2021	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3): Genetically modified maize MIR604 (SYN-IR604-5)	-
17.12.2021	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3): Genetically modified maize MON 87427 x MON 89034 x MIR162 x MON 87411 and genetically modified maize combining two or three of the single events MON 87427, MON 89034, MIR162 and MON 87411	-
17.12.2021	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3): Genetically modified maize MON 88017 (MON-88017-3)	-
17.12.2021	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3): Genetically modified maize MON 89034 (MON-89034-3)	-
17.12.2021	EU Strategy on adaptation to climate change	ja
25.11.2020	Objection pursuant to Rule 112: Lead in gunshot in or around wetlands	-
25.11.2020	Active substances, including chlorotoluron	-
25.11.2020	Carbendazim for use in certain biocidal products	-
24.11.2020	Objection pursuant to Rule 112: Lead in gunshot in or around wetlands	-
13.11.2020	Programme for the Union's action in the field of health for the period 2021-2027 ("EU4Health Programme"): Commission Proposal	-
11.11.2020	Objection pursuant to Rule 112: Genetically modified maize MON 87427 x MON 89034 x MIR162 x NK603 and genetically modified maize combining two or three of the single events MON 87427, MON 89034, MIR162 and NK603	-
11.11.2020	Objection pursuant to Rule 112: Genetically modified soybean SYHT0H2 (SYN-000H2-5)	-
11.11.2020	Objection pursuant to Rule 112: Genetically modified maize MON 87427 x MON 87460 x MON 89034 x MIR162 x NK603 and genetically modified maize combining two, three or four of the single events MON 87427, MON 87460, MON 89034, MIR162 and NK603	-
22.10.2020	Deforestation	ja

Resolutionen im EU-Parlament in der aktuellen Legislaturperiode zum Themenblock „Environment and Public Health“ laut votewatch.eu		
Datum	Thema	Im Datensatz inkludiert
07.10.2020	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3) and (4)(c): Specifications for titanium dioxide (E 171)	-
07.10.2020	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3) and (4)(c) : Maximum levels of acrylamide in certain foodstuffs for infants and young children	-
17.09.2020	Strategic approach to pharmaceuticals in the environment	-
17.09.2020	Shortage of medicines - how to address an emerging problem	-
17.09.2020	The importance of urban and green infrastructure - European Year of Greener Cities 2022	ja
17.09.2020	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3) and (4)(c): Maximum residue levels for several substances including flonicamid, haloxyfop and mandestrobin	-
16.09.2020	Amending Decision No 1313/2013/EU on a Union Civil Protection Mechanism: Commission Proposal	-
16.09.2020	Global data collection system for ship fuel oil consumption data: Commission Proposal	ja
16.09.2020	Type approval of motor vehicles (Real Driving Emissions): Commission Proposal	ja
15.09.2020	The EU's role in protecting and restoring the world's forests	ja
10.07.2020	Transitional provisions in order to address the impact of COVID-19 crisis (amendment of Regulation (EU) 2016/1628): Commission Proposal	-
10.07.2020	The EU's public health strategy post-COVID-19	-
10.07.2020	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3): Certain uses of chromium trioxide	-
10.07.2020	Objection pursuant to Rule 112(2) and (3): Active substances, including flumioxazine	-
10.07.2020	Conduct of clinical trials with and supply of medicinal products for human use containing or consisting of genetically modified organisms intended to treat or prevent coronavirus disease: Commission Proposal	-
10.07.2020	Setting up a special committee on beating cancer, its responsibilities, numerical strength and term of office	-
17.04.2020	Medical devices: Commission Proposal	-
16.04.2020	Request for urgent procedure - Medical devices: Commission Proposal	-
12.02.2020	Objection pursuant to Rule 111: Union list of projects of common interest	-
12.02.2020	Motion for a resolution - The illegal trade in companion animals in the EU	-
15.01.2020	The European Green Deal	ja
18.12.2019	Objection pursuant to Rule 112: Active substances, including dimoxystrobin and mancozeb	-
28.11.2019	Climate and environmental emergency	ja
28.11.2019	Motions for resolutions - 2019 UN Climate Change Conference (COP25)	ja
14.11.2019	Objection pursuant to Rule 112: Genetically modified cotton LL Cotton25 (ACS-GHØØ1-3)	-
14.11.2019	Objection pursuant to Rule 112: Genetically modified soybean MON 89788 (MON-89788-1)	-
14.11.2019	Objection pursuant to Rule 112: Genetically modified maize MON 89034 x 1507 x NK603 x DAS-40278-9 and sub-combinations MON 89034 x NK603 x DAS-40278-9, 1507 x NK603 x DAS-40278-9 and NK603 x DAS-40278-9	-
14.11.2019	Objection pursuant to Rule 112: Genetically modified maize Bt11 x MIR162 x MIR604 x 1507 x 5307 x GA21 and genetically modified maize combining two, three, four or five of the single events Bt11, MIR162, MIR604, 1507, 5307 and GA21	-
24.10.2019	Objection pursuant to Rule 112: partially granting an authorisation for a use of chromium trioxide (Cromomed S.A. and others)	-
23.10.2019	Objection pursuant to Rule 112: Assessment of the impact of plant protection products on honeybees	-
10.10.2019	Objection pursuant to Rule 112: Active substances, including flumioxazine	-
10.10.2019	Objection pursuant to Rule 112: Active substances, including chlorotoluron	-
10.10.2019	Objection pursuant to Rule 112: Genetically modified maize MZHGØJG (SYN-ØØØ-JG-2)	-
10.10.2019	Objection pursuant to Rule 112: Genetically modified soybean A2704-12 (ACS-GMØØ5-3)	-
10.10.2019	Objection pursuant to Rule 112: Genetically modified maize MON 89034 x 1507 x MON 88017 x 59122 x DAS-40278-9 and genetically modified maize combining two, three or four of the single events MON 89034, 1507, MON 88017, 59122 and DAS-40278-9	-

**//MOMENTUM
/INSTITUT**

Märzstraße 42/1,
1150 Wien, Österreich

kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at